

Öffentlicher Dienst:

Der Streik war notwendig und hat sich gelohnt!

Der Streik in den Baden-Württembergischen Kommunen war der härteste und längste in der Geschichte des öffentlichen Dienst. 9 Wochen Streik waren notwendig um einen Tarifabschluss zu erzielen. Es war eine reine Abwehrschlacht, die ver.di gegen die von den Arbeitgebern angestrebte Verlängerung der Arbeitszeit auf 40-Stunden geführt hat. Bei oberflächlicher Betrachtung hat ver.di 9 Wochen gestreikt mit dem Ergebnis einer Arbeitszeitverlängerung von einer halben Stunde. Bei tiefergehender Betrachtung entspricht das Tarifergebnis dem tatsächlichen Kräfteverhältnis und ist ein Erfolg, der von der überdeutlichen Mehrheit der Streikenden auch als solcher bewertet wird. Die nicht gerade gewerkschaftsfreundliche Stuttgarter Zeitung kommentiert den Abschluss folgendermaßen: „Doch haben die Arbeitgeber – verglichen mit ihrer Ausgangsposition wenig erreicht. Die gut organisierten Belegschaften in den Baden-Württembergischen Großstädten haben dem Verband seine Grenzen aufgezeigt.“ (Stuttgarter Zeitung vom 6.4.06).

In der Tat ist es in erster Linie den Streikenden in den Großstädten, die die Hauptlast des Streiks getragen haben zu verdanken, dass nicht nur die 40-Stunden-Woche verhindert werden konnte, sondern überhaupt noch ein Tarifabschluss durchsetzbar war. Bis zum Schluss waren wesentliche Teile der kommunalen Arbeitgeber nicht bereit, diesem Abschluss zuzustimmen. Sie wollten ver.di ein Tarifiedikt aufzwingen oder gar keine Tarifverträge mehr abschließen. Die Option in einen tariflosen Zustand zu gehen, war nach 3 oder 4 Wochen Streik vielleicht noch vorhanden, nach 9 Wochen wäre dies jedoch von vielen Streikenden als Niederlage verarbeitet worden. Bei einer Fluktuationsrate in den Krankenhäusern zwischen 10 und 15 % hätte dies nicht nur in kürzester Zeit gespaltene Belegschaften hervorgebracht, sondern in Lauf der Jahre wäre es immer schwieriger geworden, einen für alle geltenden Tarifabschluss durchzusetzen. Gerade in den Landkreisen und großen Teilen der Mittelstädte, in denen einerseits die Hardliner auf der Arbeitgeberseite sitzen, andererseits ver.di nicht besonders streikstark ist, hätte ein tarifloser Zustand eine Deregulierungswelle in Gang gesetzt.

Ver.di ist stärker geworden

Wichtiger als die Bewertung des Ergebnisses ist die Bewertung und Dynamik des Streikes selbst. Allein in Stuttgart waren an jedem Streiktag zwischen 1000 und 5000 Beschäftigte im Streik. Jeden Tag fand eine große oder fanden mehrere Teilstreikversammlungen statt, auf denen mit allen Streikenden der Stand der Auseinandersetzung

und das weitere Vorgehen beraten wurden. Fast jede Woche wurde mindestens eine große Demonstration mit Kundgebung in der Stuttgarter Innenstadt organisiert. In diesem Prozess ist eine demokratische Streikkultur entstanden, auf die für zukünftige Auseinandersetzungen aufgebaut werden kann. Jede/r Streikende hat gewusst, wofür er/sie gestreikt hat.



Im Prozess des Streikes gab es einige Höhepunkte, die zur Politisierung des Streikes erheblich beigetragen haben. Dazu gehörte ohne Zweifel, dass dieser Streik von Anfang an als aktiver Streik geführt wurde mit vielen öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten. 200000 Bürgerinfos wurden verteilt. 1000 Streikende aus Stuttgart und über 3000 aus BaWü sind an einem Arbeitstag nach Strassbourg gefahren und haben gegen die Dienstleistungsrichtlinie protestiert. Auf den Einsatz von privaten Müllentsorgern wurde mit der (spontanen) Blockade des Müllheizkraftwerkes reagiert (über mehrere Wochen hinweg). In den letzten 2 Streikwochen

konnte die Streikstrategie verändert werden. Es ging darum, die Streiks unkalkulierbarer zu machen und länger durchzuhalten. Auf 6 Streikversammlungen mit ca. 2500 Leuten wurde über diese neue Strategie diskutiert und sie wurde erfolgreich umgesetzt. Neu und vielleicht sogar streikentscheidend war auch, dass nicht nur die klassischen Arbeiterbereiche (Müllabfuhr, Bauhöfe, usw.) fast 9 Wochen z. T. ununterbrochen gestreikt haben, sondern auch „neue“ Bereiche, insbesondere Teile der Krankenhäuser und die Beschäftigten von Kindertageseinrichtungen spürbar und deutlich mehr als in der Vergangenheit gestreikt haben. Letztere in den Städten und z. T. in den Landkreisen in unerwarteter Größenordnung.

Schwächen und Konsequenzen

Die Schwäche von ver.di in der Fläche ist bei diesem Streik deutlich geworden. Hier muss organisatorisch nachgearbeitet werden. Der Einsatz von Privaten (insbesondere bei der Müllabfuhr) muss von vorneherein als Option der Arbeitgeber einbezogen werden. Die Zerflederung der Tarifbereiche im öffentlichen Dienst (der ÖPNV

war nicht einbezogen, weil dort ein eigener Spartentarifvertrag gilt) hat die Möglichkeiten von ver.di erheblich eingeschränkt, ebenso wie die Situation bei den Flughäfen, die fast vollständig ausgefallen sind. Die Solidarität der anderen Fachbereiche, abgesehen von tatkräftiger Unterstützung einzelner Hauptamtlicher und der Verwaltungsangestellten sowie weiterer Einzelpersonen, hielt sich in Grenzen, obwohl es um eine existenzielle Auseinandersetzung ging. Auch gemeinsame Aktionen mit der IGM und die praktische Solidarität durch den DGB sind vorsichtig gesagt ausbaufähig. Auch die Unterstützung durch Gruppen und Kräfte der sozialen Bewegung war gering, obwohl es doch um einen grundlegenden gesellschaftlichen Konflikt ging. Obwohl die öffentliche Sympathie für den Streik groß war, auch nachdem die veröffentlichte Meinung umgeschlagen ist, ist sie zu keinem Zeitpunkt in praktische Solidarität umgeschlagen. Über diesen Stand der gesellschaftlichen Auseinandersetzung muss sich die Linke einige Gedanken machen.

Stuttgart, 24.4.06 Bernd Riexinger

Gewerkschaften und große Koalition

Manche Gewerkschaftler haben vor der Bundestagswahl gemeint, eine Regierungsbeteiligung der SPD sei besser als eine rein bürgerliche Koalition. Schon nach wenigen Monaten ist deutlich, dass die Kapitaloffensive auf breiter Front weitergeht und die gesamte Bundesregierung diese Offensive voll unterstützt. Die vier Parteien CDU/CSU, FDP, Grüne und SPD bilden eine pro-kapitalistische Einheitsfront. Arbeitsminister Franz Müntefering wünscht weiteren Sozialabbau und verlangt von seiner Partei Gehorsam. Jetzt sei die Koalition auf dem Weg der „Reform“ (des Sozialabbaus) noch handlungsfähiger als „Rotgrün“ je gewesen sei. Finanzminister Peer Steinbrück verlangt weitere Sozialeinschnitte. Kapitalistensprecher Dieter Hundt treibt die Regierung zur Beschleunigung an. Ministerpräsident Günther Oettinger (Stuttgart) findet unbezahlte Mehrarbeit durchaus zumutbar.

Der Streik im Öffentlichen Dienst (ÖD) bestätigte die Festigkeit der Unternehmerfront: keine Landesregierung, auch nicht die „rot-roten“ in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin, auch kein SPD-Bürgermeister ist aus der antigewerkschaftlichen Einheitsfront ausgeschert. Die Streikenden im ÖD haben ihre Bereitschaft zum Kampf und ihre Ausdauer bewiesen. Diese Bereitschaft entspringt auch aus der allgemeinen Unzufriedenheit über den Abbau von sozialen Errungenschaften. Deshalb können solche Kämpfe zum Kristallisationspunkt werden, bei denen der allgemeine Unmut über die beständigen sozialen und politischen Angriffe seinen Ausdruck findet. Deshalb entwickelte sich große Dynamik in diesem Streik und deshalb gab es auch die breite Unterstützung der Bevölkerung für diesen Streik. Kommen dazu kampfwillige Gewerkschaftsfunktionäre wie in Baden-Württemberg, sind wir im Stande, den Unternehmern die Stirn zu bieten. Allerdings haben wir auch zwei Schwachpunkte: Wo bleiben die anderen

Gewerkschaften und der DGB? Deren Führungen scheint jeder Gedanke an Solidarität abhanden gekommen zu sein, obwohl in diesem Streik um viel mehr gekämpft wurde als nur um „die 18 Minuten“. Es ging um den Flächentarifvertrag und um den Status der Gewerkschaften als kraftvolle Vertretung der Beschäftigten. Die Streikenden hatten fast die gesamte veröffentlichte Meinung gegen sich und wenig eigene Organe, in denen sie den Lesern ihre Argumente nahe bringen konnten.

Der „ruhige Dialog“ mit der Großen Koalition, den DGB-Chef Michael Sommer wünscht, existiert nicht. Wenn es diesen denn gäbe, würde er uns nur wieder fesseln, wie Zwickels und Schröders „Bündnisse für Arbeit“. Die Anhänglichkeit der Führungen der Gewerkschaften an die SPD, an den Reformismus und an das Harmoniebedürfnis schadet uns. Konsens mit dem Kapital bedeutet heute Kapitulation. Diese Nabelschnur muss abgetrennt werden – je früher, desto besser. Von den Arbeitern, den Studenten und den Gewerkschaftern Frankreichs können wir lernen. Sie erzwingen außerhalb des Parlaments ein Nachgeben der Regierung und die Rücknahme der Gesetze des Sozialabbaus. Die „Straße“, die machtvollen Demonstrationen, bewirken oft mehr als Stimmzettel.

Theodor Bergmann

Impressum:

Sekretariat – Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken

Hans Kroha – Klaus Peter Löwen – Michael Köster
Max-Planck-Straße 64 a, 63500 Seligenstadt
Tel: 06182/782306

HKroha@t-online.de

Redaktionsschluss: 27. April 2006

Großer Sieg für Frankreichs Massenbewegung

Nach über 2 Monaten siegte Frankreichs Massenbewegung Mitte April über die konservative Regierung und brachte das Gesetz über den Erstanstellungsvertrag (CPE) zu Fall. Gewerkschaften, Studentenorganisationen und die Parlamentsopposition sprachen von einem großen Erfolg der Protestbewegung. Diese hatte über zwei Monate an insgesamt fünf nationalen Streik- und Aktionstagen mit zuletzt über drei Millionen Teilnehmern die Regierung immer stärker unter Druck gesetzt. Zum ersten Mal seit den Streiks im ÖD 1995 hat eine Massenbewegung eine Regierung zum Rückzug gezwungen.

Premierminister Dominique de Villepin (UMP) selbst musste im Anschluss an eine Aussprache mit Präsident Jacques Chirac den »Tod« der von ihm als »Reform« verkündeten Quasi-Abschaffung des Kündigungsschutzes bekannt geben. Es wird demnach in Frankreich keinen CPE mit 24monatiger Probezeit ohne Kündigungsfrist für junge Angestellte unter 26 Jahren geben. Das Nachgeben der konservativen Regierung ist ein großer Erfolg und konnte durch eine gemeinsame Mobilisierung von Gewerkschaften, Schülern und Studenten erreicht werden. Insbesondere hat die Kampfbereitschaft der Jugendlichen zu diesem Erfolg geführt. Die Beschäftigten haben den CPE als Angriff auf Tarifverträge und Arbeitsbedingungen aller Beschäftigten wahrgenommen und sich deshalb solidarisiert. Am

Thema CPE ist aber auch die allgemeine Unzufriedenheit hochgekocht und wurde so zum Kristallisationspunkt für den Widerstand der verschiedenen Gruppen. Auch die z. T. massive Polizeigewalt gegen Demos der Jugendlichen hat zu einer großen Solidarisierungswelle geführt.

Auch nach der Rücknahme der Kündigungsschutzreform in Frankreich gingen die Proteste weiter und Schüler und Studenten haben den Druck auf die Regierung aufrechterhalten. Rund die Hälfte der Universitäten blieb erstmal blockiert; in mehreren Orten besetzten Demonstranten Verkehrswege. Im westfranzösischen Nantes besetzten rund 150 Studenten für eine halbe Stunde die Start- und Landebahnen des Regionalflughafens. In Rouen in Nordfrankreich errichteten etwa 200 Studenten Straßensperren und verursachten einen Stau. In Dunkerque waren Eisenbahnschienen das Ziel einer Gruppe von Studenten, im südwestfranzösischen Toulouse ein Busdepot. In Bordeaux konnten Autofahrer dank der Proteste Mautstellen auf Autobahnen gratis passieren. Diese bunte Mischung von Aktionen soll Druck erzeugen, damit weitere »Reformen« von Premierminister Dominique de Villepin zurückgenommen werden. So schnell wird in Frankreich sicher keine Ruhe einkehren.

Christa Hourani

Für einen Tag die Räder angehalten: Anderthalb Millionen Briten streikten gegen Rentenreform

Ein landesweiter Streik kommunaler Beschäftigter hat Mitte April das öffentliche Leben in Großbritannien lahm gelegt. Aus Protest gegen eine geplante Rentenreform legten rund 1,5 Millionen Angestellte des öffentlichen Dienstes im ganzen Land die Arbeit nieder. Dies war der größte Ausstand seit 80 Jahren.

Im Norden waren Zehntausende Pendler von Arbeitsniederlegungen bei Verkehrsbetrieben betroffen. Schulen und Bibliotheken blieben geschlossen, auch die Müllabfuhr und die Straßenreinigungsbetriebe wurden bestreikt. In Nordirland kam der Bus- und Bahnverkehr völlig zum Erliegen, Tausende machten sich mit dem Auto auf den Weg zur Arbeit. Nach Gewerkschaftsangaben handelte es sich um den größten Streik in Großbritannien seit dem historischen Generalstreik im Jahr 1926.

Hintergrund der Proteste sind Pläne der Regierung von Premierminister Anthony Blair zur Reform der Pensionsregeln, mit denen das Renteneintrittsalter auf 65 Jahre erhöht werden soll. Die bisher mögliche Frühverrentung ab dem 60. Lebensjahr soll abgeschafft werden. Die Gewerkschaften fordern, dass die Regierung die Reformpläne zurücknimmt. Am 15. März hatten 80 Prozent der Mitglieder von acht Gewerkschaften in einer Urabstimmung für den Streik votiert. Wegen seiner Beschränkung auf nur einen Tag war der Ausstand allerdings von Teilen der britischen Linken innerhalb und außerhalb der Gewerkschaften als »rein symbolisch« kritisiert worden. Für den 4. Mai sind in Großbritannien Kommunalwahlen geplant. Wurde bis dahin keine Einigung mit der Regierung erzielt, soll am selben Tag wieder gestreikt werden.

Gate Gourmet arbeitet wieder: Einer der längsten Streiks ist zu Ende gegangen

Nach mehr als sechs Monaten Streik haben die Beschäftigten des Düsseldorfer Luftfahrt-Caterers Gate Gourmet ihre Arbeit wieder aufgenommen. Das Ende des Streiks, der einer der längsten Arbeitskämpfe der BRD gewesen ist, war schon eine Woche vor Ostern mit der Annahme des Verhandlungsergebnisses durch eine Mehrheit von 61,4 Prozent der streikenden Gewerkschaftsmitglieder eingeleitet worden. Seit Anfang Oktober hatten die 80 Männer und Frauen in einem der kältesten Winter auf dem Düsseldorfer Flughafengelände Streikposten gestanden und sich einen »Stellungskrieg« mit der kalifornischen TPG geliefert, die vor wenigen Jahren Gate Gourmet von der schweizerischen Swiss Air übernommen hatte.

Was ursprünglich als Arbeitskampf für eine Lohnforderung von 4,5 Prozent begonnen hatte, entwickelte sich zu einer verbissenen Auseinandersetzung um ein knallhartes Kostenreduzierungsprogramm des Konzernmanagements. Der neue Tarifvertrag sieht u. a. eine Verringerung flexibler Arbeitszeiten und Ausgleichszahlungen für Nacharbeit vor. Urlaubsan-

spruch und Urlaubsgeld bleiben voll erhalten. Ebenso wurden eine Beschäftigungsgarantie bis Anfang 2009 und eine Lohnerhöhung von einem Prozent plus 156 Euro für alle vereinbart. Die Arbeitszeit steigt von 38 auf 39 Stunden in der Produktion und auf 40 Stunden in der Verwaltung. Lohnzuschläge für Feiertags- und Sonntagsarbeit werden verringert. Beim Weihnachtsgeld kommt es für höhere Lohngruppen zu einer Kürzung.

Für Halil Saltan, Betriebsratsvorsitzende und Mitglied der Tarifkommission, bedeutet das Ergebnis »weder Sieg noch Niederlage«. Es habe an der Solidarität anderer Gate-Gourmet-Standorte gefehlt – isoliert sei nicht mehr erreichbar gewesen. Halil hob hervor, die Menschenwürde werde im Betrieb »als ein Bedürfnis aller Beschäftigten auch weiterhin auf der Tagesordnung stehen«. Die Forderung nach Respektierung der Menschenwürde hatte während des Arbeitskampfes eine zentrale Rolle gespielt.

Christa Hourani

Tarifabschluss Metall: Keine Trendwende

Die Tarifrunde für die rund 3,4 Millionen Beschäftigten der Metall- und Elektroindustrie ist beendet. Im Gegensatz zu den Öffentlichen Arbeitgebern wollten es die Metallbosse trotz allen Säbelrasseln dann doch nicht auf einen Arbeitskampf ankommen lassen. Volle Auftragsbücher und eine starke Warnstreikwelle sprachen dagegen.

Auf den ersten Blick scheint das Ergebnis in Ordnung zu sein. Im Vergleich zu den anfangs gebotenen 1,2% sehen 3% stark aus. Auch im Vergleich mit früheren Abschlüssen sind erreichte 60% der Forderung in Ordnung. Auch die Einmalzahlung von 310 Euro, die für niedrige Einkommen eine deutliche Erhöhung des Volumens bringt, ist unterstützenswert.

Wirklich bedenklich ist, dass über diese Einmalzahlung betrieblich verhandelt werden kann. Das ist ein weiterer Schritt weg vom Flächentarif. Ertragsabhängige Prämien konnten Betriebsräte schon immer aushandeln. Tarifliche Einkommen waren aber bisher tabu. Dies ist der Einstieg in die von IGM-Vize Berthold Huber propagierte „zweistufige Tarifpolitik“. Es ist zu fürchten, dass im nächsten Jahr weitere Einkommensbestandteile, z.B. das Weihnachtsgeld betrieblich geöffnet werden.

Die Steinkühlerpause gilt auch dort, wo es keine Akkordarbeit gibt, als historische Errungenschaft der Gewerkschaft. Sie wurde nicht für alle erhalten. Durch die Neudefinition, dass sie nur noch für kurzzyklische Fließbandarbeit gilt, fallen Beschäftigtengruppen z.B. in Maschinenbaubetrieben heraus. Die Pausenregelung war eine Errungenschaft, die angesichts des ständig sich verschärfenden Leistungsdrucks in den Betrieben auf andere Beschäftigtengruppen und Tarifgebiete ausge-

weitert hätte werden müssen.

Letztlich sind die Metallbosse angesichts starker Warnstreikzahlen (800 000 Metaller/innen im Bundesgebiet), erstaunlicher Streikbereitschaft im Öffentlichen Dienstes und hartnäckiger Unterstützung der Bevölkerung für diesen Streik, sowie der erfolgreichen Auseinandersetzung in Frankreich gegen die Aushebelung des Kündigungsschutzes eingeknickt. Das hätte einiges für einen Metallstreik befürchten lassen.

Den Tarifstrategen der IG Metall fehlt leider eine politische Perspektive. Ihnen reichte es unter diesen günstigen Bedingungen einen einigermaßen ordentlichen Abschluss zu machen. Wie solche günstigen Bedingungen genutzt werden könnten, um den Generalangriff des Kapitals zu stoppen und wieder in die Offensive zu kommen, ist für sie kein Thema. Angesichts der Reallohnverluste der letzten Jahre, dem massiven Abknicken der Lohnquote im letzten Jahr und den Opfern aus Beschäftigungs-„sicherungs“-verträgen, wäre auch ein Abschluss von 5% ohne Kampfmaßnahmen ein rein defensiver gewesen.

Eine Wende ist nur möglich, wenn es gelingt, in einem offenen Kräftemessen der Gegenseite eine echte Niederlage zuzufügen. Das geht nicht mit Verhandlungen und Warnstreiks. Das kann nur ein Streik leisten. Wann war die Situation dazu seit den Streiks um die Lohnfortzahlung 1996 besser als dieses Jahr?

Matthias Fritz

www.labournet.de

Treffpunkt für Ungehorsame, mit und ohne Job, basisnah, gesellschaftskritisch



Die Ergebnisse der Betriebsratswahl : Mehr Power im neuen Betriebsrat : 10 Sitze für Liste 8 alternative-Klartext

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei der Betriebsratswahl habt ihr den Kandidatinnen und Kandidaten der Liste 8 alternative-Klartext 3094 Stimmen gegeben, das sind 21 %. Ihr habt damit 10 Kollegen unserer Liste in den neuen Betriebsrat gewählt. Dafür danken wir Euch sehr herzlich! Mit 2394 von 5320 abgegebenen Stimmen (45%) haben wir im Werkteil Mettingen ein besonders gutes Ergebnis erreicht. Der Mettinger Belegschaft ein besonders Dankeschön, dass sie uns bei unserer Arbeit der letzten Jahre so den Rücken gestärkt hat.

Dass unsere Liste so viel Unterstützung bekommen hat, zeigt:

♦ Die Belegschaft im Werk erwartet vom neuen Betriebsrat eine entschlosseneren Politik als in den letzten Jahren. Das Ergebnis zeigt auch, dass es eine sehr breite Mehrheit für die IG Metall im Betrieb gibt. Es stellt jetzt auch klar:

♦ die Liste 1 von Helmut Lense hat keinen Monopolanspruch darauf, IG Metaller zu sein!

Gegen Arbeitsplatzvernichtung, Arbeitshetze und Druck von oben muss Druck von unten organisiert werden. Den Worten im Wahlkampf müssen jetzt Taten folgen! Die vor uns liegenden Jahre werden nicht ruhiger werden. Der Vorstand wird versuchen, aus immer weniger Beschäftigten immer höhere Leistung zu pressen - für weniger Lohn. Um diese Angriffe abzuwehren, braucht es vor allem eins: eine Belegschaft, die sich ihrer Haut wehrt! Wir werden Euch nach Kräften und engagiert dabei unterstützen.

Wir werden auch weiter Klartext reden und unzensuriert informieren. Und wir streiten weiter gemeinsam mit euch für eine offene, demokratische IG Metall mit Biss in unserem Betrieb!